

# Berliner Tageblatt



Nr. 43

und Handels-Zeitung

Montag, 26. Januar 1925

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.

## „Dem Druck beugen wir uns nicht.“

### Das rheinische Zentrum gegen die Katastrophenpolitik der Rechtsparteien.

#### Die Zumutungen der Volkspartei.

Der „verhängnisvolle Irrtum“ der Freunde.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

A Köln, 26. Januar.

Zu Zentrumskreisen des Rheinlands macht sich eine immer stärker werdende Opposition gegen die verantwortungslose Krisenpolitik der Deutschen Volkspartei bemerkbar. Man ist der Ansicht, daß dem Zentrum nicht zugemutet werden könne, die Zukunftspolitik der Volkspartei in Preußen weiter mitzumachen. Diese Opposition kommt besonders in Kreisen der christlichen Gewerkschaften zum Ausdruck. Die „Kölnische Volkszeitung“ erklärt heute in einem Leitartikel, der die Ueberzeugung trägt „Gegen die Katastrophenpolitik“: „Was die Deutsche Volkspartei in den Ketten der Deutschnationalen jetzt in Preußen vollbracht hat, ist reinste Katastrophenpolitik. Es ist überflüssig, dies noch des Weiteren auszumalen im Hinblick auf die Reichspolitik, die politische und soziale Gefährdung unseres Volkes. Aber die Leute, die sich in diese Katastrophenpolitik fügen, hatten nicht einmal so viel politisches Fingerzeiggefühl, daß sie auch nur darüber, wie ihre preussische Politik auf ihre eigene Reichspolitik zurückwirken muß, sich einigermaßen nüchterne Vorstellungen machten. Es ist ja eine geradezu ungläubliche Kurzsichtigkeit, wenn sie tatsächlich wägen, aus der herausgehenden „Homogenität“ der Regierung Preußens sei mit der neuen Reichsregierung eine Festigung der letzteren abzuleiten. Das gerade Gegenteil ist der Fall. Es nützte der Rechten gar nichts, daß sie ihre Mißtrauensanträge formell nur gegen die sozialdemokratischen Minister richtete, das Zentrum vor allem weiß ganz genau, daß damit ein faulnisches Joch aufgerichtet werden sollte, unter das es nun in Preußen gezwungen werden soll. Was man dem Zentrum in Preußen zumutet, ist daher eine wahre Unmöglichkeit. Wie könnte unsere Reichstagsfraktion nur wohlwollende Neutralität aufbringen, wenn die Entwicklung in Preußen in eine Richtung treibe, die jedes, auch das schärfste Miß-

trauen und die schwärzesten Befürchtungen rechtfertigen müßte! Zu der preussischen Landtagsfraktion, die unter starker und weitbildender Führung in fester Geschlossenheit uns stets das erhebende Bild kraftvoller und fluger Aktivität gezeigt hat, haben wir das Vertrauen, daß sie ihren geraden Weg in Einigkeit weiter gehen wird. Den drei Herren, die zu unserem Befremden gestern andere Wege gehen zu sollen glaubten, wird ihr verhängnisvoller Irrtum hoffentlich inzwischen schon klar geworden sein. Dem Druck der Leute, die durch Preußen wieder das Reich beherrschen wollen, beugen wir uns nicht.“

Rechtlich wie die „Kölnische Volkszeitung“, wendet sich auch das Kölner Zentrumorgan „Rheinische Volkskraft“ gegen die Verluste der Rechtspartei, das Zentrum in Preußen zum Anstoß an den Rechtsblock zu bewegen. Sie nennt es eine bodenlose Unverschämtheit, daß die volksparteiliche „Kölnische Zeitung“ dem Zentrum den schuldmeißelnden Rat gegeben habe, aus den verheerenden Wirkungen der Reichspolitik die entsprechende Lehre zu ziehen und dadurch die schnelle Neubildung der preussischen Regierung zu ermöglichen. Für den Sturz der preussischen Regierung seien keinerlei sachliche Gründe maßgebend gewesen, sondern die Volkspartei habe lediglich den Deutschnationalen Landtagsfraktion die Dienste geleistet: „Wenn im Reich das Zentrum trotzdem die Hand gereicht hat, einer Regierung, weil es eben um das Reich und die Krisenpolitik ging, zunächst einmal das nackte Leben zu ermöglichen, dann können wir uns nicht vorstellen, daß das Zentrum nach dieser zweiten Erfahrung schmähsüchtigen Verhaltens der Volkspartei auch in Preußen bereit sein könnte, in das Joch zu kriechen, das die Volkspartei wieder so lockend für das Zentrum bereit hält. Die Zentrumsmehrheit wird sich nach unserer Auffassung dafür bedanken, im Falle Preußen von staatspolitischen Erwägungen etwas zu hören, sie wird vielmehr wünschen, daß endlich einmal die Krisenmacherei in Deutschland durch geeignete Haltung des Zentrums demohnen empfänglich abgekratzt werde, daß ihnen die Luft an ihrem verhängnisvollen Handwerk für die Zukunft vergeht. Wir zweifeln nicht daran, daß die Stimmen aus dem Lande der preussischen Zentrumsfaktion diesen Wunsch nachdrücklich vortragen werden.“ (Siehe auch Seite 3.)

T. W. Alle vorurteilsfreien Kenner der Verhältnisse werden zugeben, daß die volksparteiliche Intrige im Reich, in ihren Motiven und ihrer Entwicklung, sehr widerwärtig war. Im preussischen Landtag hat sich die Deutsche Volkspartei beinahe noch schöner benommen. Überall, in allen Parlamenten der Welt, greift die Opposition zu holden Rücksichtlosigkeiten, wenn sie die Regierung stürzen will. Man kann nicht mit einer Blumenode eine Festsung erobern, und zur Beseitigung eines Kabinetts pflegt es nicht zu genügen, daß es mit einer Pfauenfeder gestiftet wird. Aber überall, Deutschland und Preußen ausgenommen, werden auch im schärfsten parlamentarischen Kampfe gewisse Anstandsregeln befolgt. Was die sogenannten Parlamentarier der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei loben in preussischen Landtage verübt haben, ist anderswo eine Unmöglichkeit. Es ist denkbar, daß auch in den Parlamenten anderer Länder die Rechtsparteien sich mit den Kommunisten zusammenschließen, um ein Kabinett der Mitte zum Eintritt zu zwingen. Es ist völlig undenkbar, daß dort auch nur ein einziger antikomunistischer Abgeordneter, der auf Ehre und Reputation hält, zur Herbeiführung der Krise für einen kommunistischen Antrag stimmen könnte, der den Ideen und Forderungen des Kommunismus entspricht. Rechte und äußerste Linke können sich in einem gemeinsamen Mißtrauensvotum zusammenschließen, das jeder auf seine Art erklärt. Aber eine Partei würde unter der Schande zusammenbrechen und vom Volke den gebührenden Lohn für ihre Verlogenheit und den Verrat an ihren Grundsätzen erhalten, wollte sie in unläuterer Auslegung des Wortes, daß der Zweck die Mittel heiligt, sich zu einem von ihrem extremsten Gegner verfaßten, ihrem eigenen Programm total entgegengelegten Antragsetzungen bekennen. Man stelle sich vor, den Balfour, Chamberlain, Landdowne würde zum Gemütel, sie sollten, um ein von ihnen bekämpftes liberales Kabinett zu werfen, ihre Unterstützung einer bolschewistischen Tagesordnung leisten! Sie würden mit Verachtung einen Gedanken zurückweisen, der den Gampe, v. Graefe und wie die hervorragenden Bestandteile dieses parlamentarischen Gemeinwesens sonst heißen müßten, vortrefflich erscheint. Selbst die verächtlichsten französischen Nationalisten würden nicht den Diktat des Kommunisten Cahin annehmen, einen solchen Preis für den Kopf Herrichts nicht zahlen können. Bei uns halten die Deutschnationalen und die Volksparteiler, diese spartanischen Anflügel des Parlamentarismus, Spielerrück für parlamentarische Taktik, und die journalistischen Schriftsteller jagen durch ihre Fäden dafür, daß der dumme Esel der Wubstwindel nicht wehrt.

Das übrige, besonders auch das „Vertrauensvotum“, durch das man nach Kimmelsblätternmanier zum Gewinn kommen wollte, war diesem interessanten Manöver angepaßt. Wenn die Gampe und Konsorten den Ministerpräsidenten Braun, dessen patriotische Festigkeit ihnen ganz genau bekannt ist, gewissermaßen als einen Vaterlandsfeind und als einen Menschen ohne nationale Gesinnung hinstellen wollten, so ist das doch hochgradig eckelhaft. Braun hatte gesagt, er wolle „die Behauptung in Versailles Vertrag von der Klein- und Deutschlands am Kriege für die größte Geschichtslüge, die verhängnisvollste, die jemals erlunden worden ist“. Er hatte es aber auch für nötig erklärt, ein bißchen vor der eigenen Tür zu stehen und nicht ganz jene verheerende Agitation zu vergessen, die mit der Brandstifterei draußen gemeinsame Sache machte und wie eine schenklische Mücke das wahre, friehliche Gesicht des deutschen Volkes untröstlichen Betrügern verbergte. Braun hat alldem die Kriegsverfahren und auch das Urteil einseitiger Historiker zitiert. Er hätte sich sogar auf Herr v. Tirpitz berufen können, der nicht nur darlegt, wie die deutsche Staatsleitung durch ihre Fehler und Fahrlässigkeiten mitschuldig wurde, sondern auch von den „Anerkennungswürdigen in der Presse“ spricht. Glauben Herr v. Gampe und die Leute seinesgleichen, man könne das unwahre Verfall der Klein- und Deutschlands niemals zerstreuen, wenn man auch noch die bestickte Lugend jedes Kriegsverfahren rein waschen will und Tatsachen leugnet, die heute manchen Rechtsphilosophen unbedeuten sein müßten, aber in Dokumenten und Geschichtsbüchern verzeichnet liegen? Man muß den Fall abweisen, damit der Ballon steigen kann. Wenn derselbe Braun vor einem halben Jahre dieselbe Rede gehalten hätte, dann hätte derselbe Herr v. Gampe, hätten dieselben Volksparteiler diese Erklärung, in der das schuldige Versailles Produkt „die größte Geschichtslüge“ genannt wird, mit hüflichen Beifall aufgenommen. Jetzt ist ein Mann, dessen staatsverhaltende Arbeit und dessen Vaterlandsliebe man eben noch anerkannt und geehrt hatte, ein miserabler Patriot. Damals hatte die Volkspartei noch nicht die Ansicht, sich von Braun und seinem Kabinett zu trennen. Jetzt werden, weil man sich zu keinem Sturze beschworen hat, alle Hände gegen ihn gebest. Ein gewiß zutreffendes Wort bejaht, Volkspunkt sei wandelbar. Das ergibt zwischen Volk und Volkspartei wenigstens einen feilschen Zusammenhang.

In jenem Entwurfsentwurf der volksparteilichen Redner la, neben dem Zerwürf, den eigenen Ueberlauf zu entschuldigen und dem im Stiche gelassenen Führer schnell mit den anständigen Kopf herunterzureißen, auch eine un-männliche Weideweihe hat, alle traurige Umhüllung der Strafe oder der Bierbänke, die nicht zu hören wünschen, daß es, wie in Frankreich, in England und in Rußland, auch hier die Stahlbadträge gegeben hat. Nicht nur infolge hochgradiger Kurzsichtigkeit, nicht nur allerlei Interessensveränderungen wurde, sondern auch aus Furcht, ein Regelverein könnte ihnen nicht so wie sie es anderen gegenüber tun — die nationale Überwertigkeit absprechen, haben die Volksparteiler, die früher nationalliberal waren, in der nihilistischen Zeit vor dem Kriege alle politischen Spekulations, die sich dann als un-

heilvolle Fehler herausstellten, mit Hurra begrüßt. Bei den tapferen Taten, die von diesen Politikern geordert oder gebilligt worden sind, hat der Mangel an bürgerlichem Mut meistens sehr erheblich mitgeholfen. Sehen wir nicht jetzt wieder neue Fehler, neue Folgen einer Schwäche, die das rechtzeitige Aussprechen der Wahrheit nicht zuläßt, unpopuläres Handeln nicht erträgt? Wie steht es mit der Kölner Räumungsfrage und mit der Erklärung des englischen Journalisten Robert Dell? Hat die englische Regierung, wie dieser sehr bekannte und nicht deutschlandliche Korrespondent verachtet, sich vor den deutschen Wahlen bemüht, die Ansicht des deutschen Außenministers über eine Kompromißlösung, über die gleichzeitige Räumung des Ruhegebietes und der Kölner Zone am 10. Mai, zu erfahren, und hat Herr Dr. Stresemann Verhandlungen über gegenseitige Zugeständnisse nicht gewünscht? Ist Herr Dr. Stresemann, obgleich er informiert war und auch selber hervorsprechen mußte, daß Frankreich die Räumung Kölns am 10. Januar nicht zulassen werde, vor den Wahlen gültigen Kompromissen aus dem Wege gegangen? Herr Robert Dell behauptet, Herr Stresemann habe von Kompromissen, von der Verschlebung der Räumung bis zum 10. Mai damals nicht sprechen wollen, weil er gefürchtet habe, dadurch die Wahlausichten der Rechtsparteien zu verschlechtern und die Chancen der republikanischen Parteien zu erhöhen. Dieser schwere Vorwurf ist zweifellos unbedeutend, und niemand kann glauben, daß Herr Stresemann in solcher Weise die Interessen des besetzten Gebietes und ganz Deutschlands zugunsten der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen geopfert hat. Nein, was hier vorliegt, ist gewiß nur ganz allgemein in die volksparteiliche Herzen bohrende Furcht vor denjenigen, die immer noch um einige Däne nationaler sind. Hätten sie nicht in ihren Flugblättern den „reigen Verzicht“ gebieterisch, nicht in ihren Versammlungen über die „Freigabe der Vertragstrakte“ geschrien? Auch wenn die englische Regierung nicht „unter der Hand“ und weder vorn noch hinten herum eine Aussprache gesucht haben sollte, — und besonders deutlich scheint ihr Wink nicht gewesen zu sein — hätte Herr Dr. Stresemann in dem Augenblick, wo die Einweisung der Räumungsfrist sich antändigte, natürlich das Auserste aufbringen müssen, um einen möglichst nahen Termin, ein möglichst vorteilhaftes Kompromiß zu erlangen. Aber er wollte, mit Wählern obachin reichlich beschäftigt, sich nicht auch noch den nationalen Born auf den Hals laden und so wurde der richtige Zeitpunkt verpaßt. Die Behauptung, daß Köln geopfert worden sei, um die Wählbarkeit der Deutschnationalen und der Volksparteiler zu verbessern, erscheint, wie gesagt, absolut ungläubwürdig, und wir halten uns nur an die Tatsach-

en, daß in mannesmütiger Besorgnis, die Galerie könnte jedes Zugeständnis übernehmen, gar nicht erit über den Abzug der Engländer verhandelt, gar nicht verhandelt worden ist. Köln nun wenigstens in Frühling zu befreien. Indessen, die Bürgerblöcker haben immerhin mit Hilfe ihrer kommunistischen Freunde Braun zum Abzug bewegt, und wenn Köln auch besetzt bleibt — lebt fest und treu im volksparteilichen Fraktionszimmer die Macht, die Macht am Rhein.

Wird das Bürgerblockkabinett, dem Herr Luthar so tüchtig aus milden Worten einen schickenden Schleier weilt, das Versäumte nachholen und was gebent es zur schnellen Befreiung der Kölner Zone zu tun? Wollen die Deutschnationalen sagen, erst müßte auch in Preußen eine unde, nette, gründlich reaktionäre Bürgerblockregierung die Macht in Händen haben, und dann würden die Franzosen einen nahen Räumungstermin bewilligen und die Engländer bereit sein, sich schleunigt zurückzuziehen? Die Deutschnationalen haben bekanntlich erklärt, solange man ihnen Preußen nicht ausliefern, könnten im Reich und für das Reich die härtesten Zeiten nicht kommen. Wer das Programm des Kabinetts Luthar gelesen hat, dürfte sich gefragt haben, warum eigentlich die Verwirklichung der ungemein zahlreichen Versprechungen, aus denen es sich zusammensetzt, von der Aufrichtung einer Reichsregierung in Preußen abhängen soll. Ist beispielsweise die Aufwertung nur möglich, wenn der Bürgerblock in Preußen herrscht? Können die Handelsverträge nur gut werden, wenn der Herr v. Graefe in Preußen sein Portefeuille erhält? Wird der Völkerverbund die Bedingungen, ohne deren Erfüllung Deutschland nicht eintreten kann, nur annehmen, wenn kein Sozialdemokrat in der preussischen Regierung sitzt? Wird die interalliierte Militärkommission mit ihren Schikanen aufhören, wenn sie sich auch in Preußen einem von den Stahlhelmverbänden geeigneten Kabinett gegenüberbeht? Bei jedem Punkte der Lutharschen Programmklärung kommt man zu der Erkenntnis, daß für die Durchführung des verheißungsvollen Entwurfes eine preussische Bürgerblockregierung mindestens erforderlich sei. In keinem einzigen Falle sagt man sich: das würde natürlich ohne deutschnationalen preussische Minister nicht werden. Oder doch — ein Punkt ist das, der entscheidend die Einlegung eines deutschnationalen Innenministers in Preußen nötig macht. Der Reichskanzler Luthar hat im Namen seines Kabinetts in vortrefflichen Sätzen gesprochen, den heutigen Staat und seine republikanischen Grundlagen gegen jede Unteilung zu schützen, die Autorität dieses republikanischen Staates zu stärken und staatsfeindliche Elemente vor Köln zu bringen. Diese Kräftigung der Republik ist natürlich nur möglich, wenn ein deutschnationaler Minister die preussische Verwaltung, die Polizei und die übrige Beamtenheit gründlich von allen Republikanern säubern kann. Daran hatten wir alle nicht gedacht.